



– **Beschlusskammer 4** –

BK4-12-656

Beschluss

In dem **Verwaltungsverfahren** nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV

hinsichtlich der Festlegung zur Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapital- und Betriebskosten

hat die **Beschlusskammer 4** der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch

den Vorsitzenden Dr. Frank-Peter Hansen,
den Beisitzer Kim Paulus und
den Beisitzer Mario Lamoratta

am 02.05.2012

beschlossen:

1. Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 2 EnWG sowie Betreiber von Gasversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 6 EnWG sind verpflichtet, die Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV ergebenden Kapital- und Betriebskosten nach Maßgabe dieser Festlegung vorzunehmen.
2. Die Vorgaben dieser Festlegung gelten für alle nach § 23 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahmen mit Kostenwirksamkeit ab 2012, solange keine andere Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV hinsichtlich der Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV ergebenden Kapital- und Betriebskosten getroffen wird.

Gründe

I.

1. Die Beschlusskammer 4 hat von Amts wegen ein Verfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV zur Festlegung der Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapital- und Betriebskosten durch Mitteilung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur sowie im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 4/2012 als Mitteilung Nr. 216 eingeleitet. Zugleich hat die Beschlusskammer 4 den Entwurf eines Festlegungstextes auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht und den betroffenen Marktteilnehmern im Rahmen der Konsultation die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen gemäß § 67 Abs. 1 EnWG bis zum 31.03.2012 gegeben.

Insgesamt sind zwölf Stellungnahmen von Netzbetreibern, Verbänden, Energieberatungs- und Energiedienstleistungsunternehmen bei der Bundesnetzagentur eingegangen. Die Stellungnahmen enthalten im Wesentlichen Anmerkungen zur Behandlung der von den ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzuziehenden Abzugsspositionen, dem projektspezifischen Ersatzanteil sowie den Vorgaben zur Eigenkapitalverzinsung. Im Vordergrund steht dabei die Mittelwertberechnung bei Neuanlagen gemäß § 7 Abs. 1 S. 4 StromNEV bzw. GasNEV.

2. Die Landesregulierungsbehörden sind gem. § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG von der Einleitung des Verfahrens im Rahmen des AK Netzentgelte vom 01.03.2012 informiert worden. Dem Länderausschuss wurde der Festlegungsentwurf am 19.04.2012 vorgestellt und Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG gegeben. Dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden ist mit Schreiben vom 20.04.2012 Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG gegeben worden. Mit Email vom 27.04.2012 hat sich die Landesregulierungsbehörde des Landes Rheinland-Pfalz gegen eine bundeseinheitliche Festlegung ausgesprochen, da die vorliegende Festlegung nicht von § 54 Abs. 3 S.2 EnWG umfasst sei. Diese Auffassung werde von weiteren Landesregulierungsbehörden geteilt.
3. Wegen der Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

A) Zuständigkeit

Die Bundesnetzagentur ist die zuständige Behörde. Die vorliegende Festlegung beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV. Danach kann die die Regulierungsbehörde eine Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG zur Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapital- und Betriebskosten treffen.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 3 S. 2 EnWG die für die Festlegung zuständige Regulierungsbehörde. Nach der Vorschrift des § 54 Abs. 3 S. 2 EnWG nimmt die Bundesnetzagentur die entsprechenden Festlegungsbefugnisse wahr, wenn zur Wahrung gleichwertiger wirtschaftlicher Verhältnisse im Bundesgebiet eine bundeseinheitliche Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG erforderlich ist. Vorliegend ist zu berücksichtigen, dass Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV zwar zu einem ganz überwiegenden Teil von Unternehmen beantragt werden, die in den Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur fallen, so dass auch die vorliegende Festlegung ganz überwiegend diese Unternehmen betrifft. Da daneben aber in Ausnahmefällen auch Unternehmen, die in den Zuständigkeitsbereich der Landesregulierungsbehörden fallen, Investitionsmaßnahmen beantragen, ist eine bundeseinheitliche Festlegung für die Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapital- und Betriebskosten notwendig. Vergleichbar wie bei der Festlegung der Eigenkapitalverzinsung vom 31.10.2011 (BK4-11-304) oder der Festlegung der abweichender Betriebskostenpauschalen vom 5.12.2011 (BK4-11-027 und BK4-11-028) soll auch in diesem Fall gewährleistet werden, dass die regulierten Unternehmen im gesamten Bundesgebiet den gleichen regulatorischen Rahmen vorfinden. Hierdurch wird den Unternehmen eine für den bundesweit anstehenden Netzausbau notwendige Investitionssicherheit gegeben.

Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

B) Beteiligung von Bundeskartellamt, Landesregulierungsbehörden und Länderausschuss

Das Bundeskartellamt sowie die Landesregulierungsbehörden wurden gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG über die Einleitung des Verfahrens benachrichtigt. Darüber hinaus wurde ihnen unter dem 20.04.2012 Gelegenheit zur Stellungnahme gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG gegeben. Dem Länderausschuss wurde in der Sitzung vom 19.04.2012 gemäß § 60a EnWG ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

C) Anhörung

Den Beteiligten wurde gemäß § 67 Abs. 1 EnWG die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

D) Anwendungsbereich

Die vorliegende Festlegung betrifft die Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 2 EnWG sowie die Betreiber von Gasversorgungsnetzen im Sinne des § 3 Nr. 6 EnWG und findet nur auf genehmigte Investitionsmaßnahmen Anwendung. Die Kalkulationsvorgaben zur Berechnung der Kapital- und Betriebskosten sind sowohl für die Berechnung der ansetzbaren Plankosten als auch für die Berechnung der tatsächlichen Istkosten genehmigter Investitionsmaßnahmen heranzuziehen. Die Festlegung umfasst hingegen nicht die Berechnung der Kapital- und Betriebskosten der nach alter Rechtslage genehmigten Investitionsbudgets.

E) Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapital- und Betriebskosten

Die sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapital- und Betriebskosten sind nach den in dieser Festlegung enthaltenen Kalkulationsvorgaben zu berechnen.

Mit Inkrafttreten der Änderung der ARegV zum 22.03.2012 wurde der Zeitverzug zwischen Genehmigung und Erlöswirksamkeit von Kapital- und Betriebskosten aus genehmigten Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV beseitigt. Investitionsmaßnahmen werden nun nicht mehr der Höhe nach, sondern nur noch dem Grunde nach genehmigt. Aus dieser Änderung folgt, dass Entscheidungen nach § 23 ARegV keine Vorgaben mehr zur Kalkulation der in der Erlösobergrenze ansetzbaren Kapital- und Betriebskosten enthalten und die Kapital- und Betriebskosten, die gemäß § 23 Abs. 1 S. 3 ARegV als Kosten einer genehmigten Investitionsmaßnahme vom Netzbetreiber geltend gemacht werden können, nunmehr gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV unmittelbar im Jahr ihrer Entstehung in der Erlösobergrenze abgebildet werden.

Da es sich bei den unmittelbar erlöswirksam werdenden Kapital- und Betriebskosten um Planwerte handelt, ergibt sich die Notwendigkeit eines so genannten Plan-Ist-Abgleichs zwischen den vom Netzbetreiber angesetzten Plankosten und den tatsächlichen in dem jeweils betrachteten Jahr entstandenen Istkosten für jede genehmigte Investitionsmaßnahme. Sich ergebende Differenzen sind gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV über das Regulierungskonto auszugleichen.

Um zu gewährleisten, dass die im Rahmen der genehmigten Investitionsmaßnahmen jeweils vom Netzbetreiber geltend gemachten Plan- und Istkosten sachgerecht und von allen Netzbetreibern einheitlich ermittelt werden, wird über die vorliegende Festlegung die Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV ergebenden Kapital- und Betriebskosten geregelt. Die bis dato ergangenen Entscheidungen des OLG Düsseldorf zu der Entscheidungspraxis der Beschlusskammer finden Eingang in die Kalkulationsvorgaben der Festlegung.

Im Folgenden werden in Kapitel I. die Kalkulationsvorgaben zur Berechnung der sich aus genehmigten Investitionsmaßnahmen ergebenden Kapitalkosten detailliert dargestellt und erläutert. Entsprechend dieser Vorgaben sind die in der Erlösobergrenze ansetzbaren Kapitalkosten einer genehmigten Investitionsmaßnahme ex-ante (Plankosten) sowie ex-post die tatsächlichen Istkosten zu bestimmen. Kapitel II. befasst sich mit den in der Erlösobergrenze ansetzbaren Betriebskosten einer genehmigten Investitionsmaßnahme gemäß § 23 Abs. 1 S. 4 ARegV.

I. Kapitalkosten

Die Kapitalkosten setzen sich zusammen aus den kalkulatorischen Abschreibungen gemäß § 6 StromNEV bzw. GasNEV, den Fremdkapitalkosten gemäß § 5 StromNEV bzw. GasNEV, der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung gemäß § 7 StromNEV bzw. GasNEV und der kalkulatorischen Gewerbesteuer gemäß § 8 StromNEV bzw. GasNEV. Ausgangsbasis der Bestimmung der in der Erlösobergrenze ansetzbaren Kapitalkosten bilden die ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten einer genehmigten Investitionsmaßnahme.

1. Anschaffungs- und Herstellungskosten

Die jährlichen Kapitalkosten, die für eine Anpassung der Erlösobergrenze ansetzbar sind, ergeben sich unter Bezugnahme auf die Regelungen der StromNEV bzw. GasNEV und der ARegV sowie unter Heranziehung der ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten, reduziert um ggf. angefallene Abzugspositionen.

Zu den Abzugspositionen zählen Beträge aus der Auflösung von Rückstellungen, öffentliche Förderungen, sonstige kostenmindernde Erlöse und der projektspezifische Ersatzanteil. Baukostenzuschüsse zählen nicht dazu, sie werden gesondert behandelt (siehe auch 6.1.).

1.1. Rückstellungen

Rückstellungen, die in der Erlösobergrenze enthalten sind und aufgelöst werden, weil der Grund für die Bildung der Rückstellungen durch Umsetzung der Maßnahmen, die der genehmigten Investitionsmaßnahme zu Grunde liegen, entfällt, sind als Abzugspositionen zu berücksichtigen. Sind im Ausgangsniveau nach § 6 ARegV Rückstellungen enthalten und entfällt der Grund für die Bildung der Rückstellung aufgrund der Umsetzung der Maßnahmen, die dem Antrag zu Grunde liegen, dann hat die Antragstellerin den Auflösungsbetrag bei der Ermittlung der Kosten für die Investitionsmaßnahme zu berücksichtigen. Die Beschlusskammer sieht in dieser Regelung eine angemessene Vorgehensweise zur verursachungsgerechten Verrechnung von Rückstellungsbeträgen, die bereits in der Vergangenheit einen betrieblichen Aufwand darstellten und entsprechend über die Netzentgelte vom Netznutzer finanziert wurden.

Um einer doppelten Berücksichtigung der Rückstellungsaufösungen einerseits bei der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 ARegV und andererseits bei der Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV vorzubeugen, hat der Netzbetreiber alle diesbezüglich relevanten Informationen im Rahmen der jeweils betroffenen Einzelgenehmigung vorzubringen.

1.2. Öffentliche Förderungen und sonstige kostenmindernde Erlöse

Auch öffentliche Förderungen, beispielsweise aus einem deutschen oder europäischen Konjunkturpaket, Investitionszuschüsse von Dritten oder sonstige kostenmindernde Erlöse, die der Antragstellerin ganz oder teilweise für Maßnahmen der nach § 23 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme zu Gute kommen, sind als Abzugsposition zu berücksichtigen. Denn öffentliche Förderungen und sonstige kostenmindernde Erlöse stehen dem Netzbetreiber zinslos zur Verfügung.

1.3. Projektspezifischer Ersatzanteil

Der projektspezifische Ersatzanteil einer genehmigten Investitionsmaßnahme ist ebenfalls als Abzugsposition zu berücksichtigen. Grundsätzlich werden nach § 23 Abs. 1 S. 1 ARegV Investitionsmaßnahmen für Erweiterungs- und Umstrukturierungsinvestitionen in die Übertragungs- und Fernleitungsnetze genehmigt. Investitionen, die lediglich dem Ersatz bestehender Anlagen dienen, sind hingegen im Rahmen des § 23 ARegV nicht genehmigungsfähig. Aus den Vorgaben des § 23 ARegV ergibt sich somit die Anforderlichkeit einer Abgrenzung zwischen Erweiterungs- und Umstrukturierungsinvestitionen einerseits und Ersatzinvestitionen andererseits.

In Folge der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist zur Abgrenzung von Ersatzinvestitionen nicht länger der Betrag zur Vermeidung von Doppelanerkennungen (BVD) anzuwenden. Vielmehr hat die Abgrenzung über den Ansatz eines pauschalen Ersatzanteils zu erfolgen. Für alle beantragten Investitionsmaßnahmen wird von der Bundesnetzagentur daher einzelfallbezogen ein spezifischer Ersatzanteil berechnet. Die Kategorisierung der Projekte in solche ohne bzw. mit Ersatzanteil sowie die Ermittlung des projektspezifischen Ersatzanteils erfolgt anhand einer netzwirtschaftlich-technischen Betrachtung. Die Festlegung des projektspezifischen Ersatzanteils einer Investitionsmaßnahme wird im Rahmen der Einzelgenehmigung geregelt und nicht, wie in einzelnen Stellungnahmen zur Konsultation angeregt, in dieser Festlegung.

Der projektspezifische Ersatzanteil wird im Rahmen einer gesonderten Abzugsposition berücksichtigt und nicht als Kürzung der ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten einer genehmigten Investitionsmaßnahme. Dabei wird der Abzug bei Anlagen mit Aktivierungen bis zum Basisjahr der Kostenprüfung auf eine Regulierungsperiode beschränkt, so dass die Anpassung der Erlösobergrenze bei Projekten mit Genehmigungsdauern über eine Regulierungsperiode hinaus in der Folgeperiode für diese Anlagen dann auf der Basis der genehmigten, ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten in voller Höhe erfolgen kann.

Die Betriebskostenpauschale (siehe auch II.) wird unabhängig von der gewählten Vorgehensweise und ohne Abzug eines Ersatzanteils auf Basis der ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten bestimmt.

2. Abschreibungen

Zur Ermittlung der Abschreibungen sind die Regelungen nach § 6 StromNEV bzw. GasNEV maßgeblich.

Da es sich bei den Anlagengütern im Rahmen von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV um Neuanlagen handelt, sind für die Ermittlung der Abschreibungen die Regelungen für die Abschreibung von Neuanlagen nach § 6 Abs. 4 StromNEV bzw. GasNEV anzuwenden. Neuanlagen nach § 6 Abs. 1 StromNEV bzw. GasNEV sind Anlagen, die ab dem 1. Januar 2006 aktiviert werden. Aus Gründen der Konsistenz sind für die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer die unter Berücksichtigung von § 6 Abs. 5 StromNEV bzw. GasNEV von der Antragstellerin auch bei der Ermittlung der Ausgangsbasis für die entsprechenden Anlagengüter angesetzten Werte heranzuziehen.

Offshore-Anlagen werden in der Anlage 1 zu § 6 Abs. 5 S. 1 StromNEV der Anlagengruppe 1.4. „Sonstiges“ zugeordnet. Dabei wird für die Offshore-Anlagen eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 20 Jahren angenommen. Unter den Begriff der Offshore-Anlage fallen alle Offshore-Anlagengüter sowie die Onshore-Anlagengüter vom Anlandepunkt bis einschließlich Konverter bzw. Kompensationsspule.

Bei Grundstücken ist insbesondere zu beachten, dass sie regelmäßig keinem Werteverzehr unterliegen und daher keine kalkulatorische Abschreibung vorgenommen wird. Nach § 7 Abs. 1 S. 3 StromNEV bzw. GasNEV sind Grundstücke für die Verzinsung mit ihren historischen Anschaffungskosten anzusetzen.

Die kalkulatorischen Abschreibungen für Neuanlagen sind ausgehend von den jeweils anzusetzenden anlagengruppenspezifischen und ggf. um den anzusetzenden Anteil der Abzugspositionen reduzierten Anschaffungs- und Herstellungskosten nach der linearen Abschreibungsmethode zu ermitteln. Die kalkulatorische Jahresabschreibung ergibt sich demnach aus dem Quotienten der ansetzbaren anlagengruppenspezifischen und ggf. um den anzusetzenden Anteil der Abzugspositionen reduzierten Anschaffungs- und Herstellungskosten und der nach Anlage 1 der StromNEV bzw. GasNEV gewählten Nutzungsdauer.

Die rechnerische Ermittlung der Jahresabschreibungen ist für die Kalkulation nach StromNEV bzw. GasNEV in § 6 Abs. 4, 5 und 6 S. 5 StromNEV bzw. GasNEV geregelt. Der kalkulatorische Abschreibungsbetrag einer Neuanlage ist demnach entsprechend folgender Formel zu ermitteln:

$$\text{Kalk. Jahresabschreibung}_i = \frac{\text{AKHK}_i}{\text{ND}_i}$$

3. Fremdkapitalverzinsung bei tatsächlicher Aufnahme von Fremdkapital

Die Kosten der tatsächlichen Fremdkapitalaufnahme (nachfolgend Fremdkapitalkosten) werden anerkannt, soweit diese Kosten marktüblich sind. Zur Feststellung der Marktüblichkeit der Fremdkapitalkosten gelten die nachfolgend aufgeführten Grundsätze.

3.1. Definition

Die Fremdkapitalkosten setzen sich zusammen aus Fremdkapitalzinsen, Kosten und Erlösen zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken (Finanzderivate) wie z.B. Zinscaps oder Zinsswaps und Nebenkosten der Finanzierung.

Kosten und Erlöse zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken sind in marktüblicher Höhe anzusetzen. Die Marktüblichkeit ist durch den Netzbetreiber nachzuweisen.

Zu den Nebenkosten der Finanzierung zählen u.a. folgende Positionen: Bereitstellungskosten, Gebühren, Provisionen, Disagio, Rechts- und Finanzierungsberatungskosten sowie Kosten im Zusammenhang mit der Beauftragung von Ratingagenturen. Bei Konzernfinanzierung müssen Nebenkosten Teil der vertraglichen Vereinbarung über die Bereitstellung von Fremdkapital sein.

Die Nebenkosten der Finanzierung gelten als marktüblich, so lange diese insgesamt 1,5 % des Finanzierungsvolumens nicht überschreiten. Bei einer Überschreitung hat der Netzbetreiber den Nachweis der Marktüblichkeit zu erbringen.

Da für aufwandsgleiche Kosten im Rahmen von Investitionsmaßnahmen eine Betriebskostenaufschlag gewährt wird, sind nur solche Positionen anerkennungsfähig, die buchhalterisch in der Position Finanzergebnis erfasst werden.

3.2. Unternehmensfinanzierung

Sofern der Netzbetreiber sich für eine Unternehmensfinanzierung entscheidet, erfolgt die Ermittlung der maßgeblichen Fremdkapitalverzinsung auf der Grundlage des handelsrechtlichen Einzelabschlusses für das jeweilige Geschäftsjahr. Berücksichtigt werden dabei der Fremdkapitalzinssatz und der durchschnittliche Fremdkapitalbestand des jeweiligen Geschäftsjahres. Der Fremdkapitalbestand wird ermittelt als Summe der langfristigen verzinslichen Finanzverbindlichkeiten (z.B. langfristige Anleihen, langfristige Kredite, Laufzeit länger als 1 Jahr). Sind aufgrund von verschiedenen Finanzierungszeitpunkten bzw. -volumina innerhalb eines Jahres mehrere Zinssätze für das Fremdkapital zur Ermittlung der Fremdkapitalkosten anzusetzen, dann ist das gewichtete Mittel dieser Zinssätze zu bestimmen. Die Gewichtung der Zinssätze erfolgt hierbei in Abhängigkeit von dem Zeitpunkt der Finanzierung und dem Umfang der Finanzierung. Der Zinssatz wird für jedes Jahr ermittelt. Der Netzbetreiber weist die entsprechenden Werte nach.

3.3. Projektfinanzierung

Sofern der Netzbetreiber sich für eine Projektfinanzierung entscheidet, erfolgt die Ermittlung der maßgeblichen Fremdkapitalzinsen auf der Grundlage einer eindeutigen Zuordnung der verzinslichen Finanzverbindlichkeiten zum einzelnen Projekt. Die ermittelten Fremdkapitalzinsen gelten vom Zeitpunkt der erstmaligen Aktivierung des Anlagenguts bis zur nachgewiesenen Rückzahlung oder Umfinanzierung. Die Marktüblichkeit der Fremdkapitalzinsen nach Umfinanzierung wird – analog zur erstmaligen Finanzierung – entsprechend den unter Kapitel 3.4. genannten Regelungen geprüft. Der Netzbetreiber hat den Nachweis über den Finanzierungszeitpunkt und die Finanzierungsbedingungen, z.B. durch Vorlage vertraglicher Vereinbarungen, zu erbringen.

3.4. Referenzwerte

Die entsprechend den Kapiteln 3.2. und 3.3. ermittelten Kosten werden als marktüblich anerkannt, wenn der ermittelte Zinssatz den spezifisch der jeweiligen Finanzierungsart zuzuordnenen Referenzwert zum Zeitpunkt der Fremdkapitalaufnahme nicht übersteigt oder bei einem übersteigenden Zinssatz die Marktüblichkeit nachgewiesen wurde. Maßgeblich ist dabei der Referenzwert im Monat der vertraglichen Festlegung der Fremdkapitalaufnahme. Die Marktüblichkeit wird auch bei Fremdkapitalaufnahmen ohne Zinsbindung – Zinssatz setzt sich aus variablem Basiszinssatz (z.B. EURIBOR) und einem festgeschriebenen Risikoaufschlag zusammen – lediglich im Monat der vertraglichen Festlegung der Fremdkapitalaufnahme überprüft. Die gleichen Regelungen gelten auch bei Abschluss von langfristigen Konsortialkreditlinienvereinbarungen.

Für eine Finanzierung mittels Bankkrediten wird der Referenzwert ermittelt aus der Reihe „Kredite an nicht finanzielle Kapitalgesellschaften“ für „Kredite von über 1 Mio. € mit anfänglicher Zinsbindung mit einer Laufzeit von über 1 Jahr bis 5 Jahre“¹.

Für eine Anleihenfinanzierung wird der Referenzwert ermittelt aus der Reihe „Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)“².

Übersteigen die tatsächlichen Fremdkapitalzinsen den Referenzwert, hat der Netzbetreiber die Marktüblichkeit der Fremdkapitalaufnahme nachzuweisen. Ein solcher Nachweis kann erbracht werden, indem der Netzbetreiber nachweist, dass der Netzbetreiber die Fremdkapitalaufnahme wettbewerblich gestaltet hat und das wirtschaftlich günstigste Gebot ausgewählt wurde oder bei Abschluss einer Konsortialkreditlinienvereinbarung der zu zahlende Zinssatz sich zusammensetzt aus einem Basiszinssatz, der die zum Zeitpunkt der mit der Bank vereinbarten Zinsfestlegung bestehende Geld- bzw. Kapitalmarktsituation reflektiert (dokumentierter Vergleich mit tagessaktuellen Fremdkapitalzinssätzen vergleichbarer Produkte), und einem individuellen Risikoaufschlag, den das Kreditinstitut dem Fremdkapitalnehmer aufgrund seiner Bonität berechnet.

Für Unternehmensanleihen (z. B. Inhaberschuldverschreibungen) kann der Nachweis der Marktüblichkeit erbracht werden, wenn diese mittels eines öffentlichen Zeichnungsverfahrens oder eines Tenderverfahrens emittiert wurden oder wenn die Fremdkapitalaufnahme über staatliche Förderbanken erfolgt ist.

Liegt eine Konzernfinanzierung vor, erfolgt der Nachweis der Marktüblichkeit auf Basis der Beschaffung von Finanzierungen der finanzierenden Konzerngesellschaft. Erforderlich ist jedoch eine vertragliche Vereinbarung über die Bereitstellung von Fremdkapital durch die finanzierende Konzerngesellschaft.

3.5. Sonstiges

Der Netzbetreiber kann für jede Investitionsmaßnahme zwischen Unternehmens- und Projektfinanzierung wählen. Unternehmen können somit gleichzeitig eine Projekt- und Unternehmensfinanzierung durchführen. Der Netzbetreiber hat mit Beantragung der Investitionsmaßnahme, spätestens jedoch im Rahmen der Ist-Abrechnung der Investitionsmaßnahme, die Wahl der Finanzierungsform für die genehmigte Investitionsmaßnahme zu benennen.

3.6. Kapitalquoten

Für eine Projektfinanzierung wird die Fremdkapitalquote durch Division des projektspezifischen Fremdkapitalbestands durch das investitionsnotwendige Vermögen ermittelt. Für darüber hinausgehende Investitionsmaßnahmen, die einer Unternehmensfinanzierung unterliegen, ist die kalkulatorische Fremdkapitalquote des jeweiligen Jahres nach Abzug der projektfinanzierten Investitionsmaßnahme (Vermögen und Fremdkapital) anzuwenden und nachzuweisen. Zur Ermittlung der Kosten bei ausschließlicher Unternehmensfinanzierung wird grundsätzlich eine kalkulatorische Fremdkapitalquote von 60 % unterstellt, es sei denn der Netzbetreiber weist eine abweichende Fremdkapitalquote nach.

Im Pachtfall ist hinsichtlich der Ermittlung und des Nachweises des Fremdkapitalzinssatzes die Antragstellerin gemäß § 4 Abs. 5 StromNEV bzw. GasNEV so zu behandeln, als wäre sie Eigentümerin des Netzes.

¹ Statistischer Teil zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, S. 47*.

² Statistischer Teil zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, S. 51*.

4. Eigenkapitalverzinsung

Die Ermittlung der Eigenkapitalverzinsung erfolgt entsprechend den Vorgaben des § 7 StromNEV bzw. GasNEV. Für die Bestimmung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung wird auf das investitionsnotwendige Eigenkapital zurückgegriffen. Die Eigenkapitalquote ergibt sich aus dem Verhältnis von investitionsnotwendigem Eigenkapital zu investitionsnotwendigem Vermögen.

Das investitionsnotwendige Eigenkapital ergibt sich in Anlehnung an § 7 Abs.1 StromNEV bzw. GasNEV aus der Summe der kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens der Neuanlagen bewertet zu den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten, reduziert um anzusetzende Abzugspositionen und unter Abzug des Abzugskapitals und des verzinslichen Fremdkapitals.

Zur Berechnung der Eigenkapitalverzinsung hat somit eine Ermittlung der kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens gemäß § 7 StromNEV bzw. GasNEV zu erfolgen. Für Neuanlagen erfolgt die Restwertbestimmung gemäß § 7 Abs.1 S. 2 Nr.3 StromNEV bzw. GasNEV ausschließlich auf Basis der tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten, reduziert um anzusetzende Abzugspositionen. Grundstücke sind hierbei gemäß § 7 Abs.1 S. 3 StromNEV bzw. GasNEV immer zu historischen Anschaffungskosten anzusetzen.

Bei Neuanlagen erfolgt für das erste Jahr der Kostenwirksamkeit bzw. Aktivierung keine Berechnung des Jahresanfangsbestands der kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens, da dieser grundsätzlich Null beträgt. Gemäß § 7 Abs. 1 S. 4 StromNEV bzw. GasNEV ist bei der Mittelwertbildung der jeweilige Jahresanfangsbestand und der Jahresendbestand zugrunde zu legen. Nach dem Grundsatz der Bilanzidentität gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 1 HGB müssen die Wertansätze der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres mit denen der Schlussbilanz des vorhergehenden Geschäftsjahres übereinstimmen. Da in der Schlussbilanz des vorhergehenden Geschäftsjahres keine Neuanlagen gemäß § 6 Abs. 1 StromNEV bzw. GasNEV sachlogisch vorhanden sein können, beträgt demnach der anzusetzende Jahresanfangsbestand für Neuanlagen im Sinne der StromNEV bzw. GasNEV im ersten Jahr der Kostenwirksamkeit bzw. Aktivierung Null. Von daher ist eine davon abweichende Vorgehensweise aus Sicht der Beschlusskammer 4 nicht sachgerecht. Wurden von der Antragstellerin im Vorjahr der Aktivierung für dem Antrag auf Investitionsmaßnahme zu Grunde liegende Anlagengüter bereits Anlagen im Bau geführt, so wird von der Beschlusskammer für das einzelne Projekt eine fiktive Inbetriebnahme der Anlagengüter zu Beginn des Jahres unterstellt, somit sind die bis zu diesem Zeitpunkt vollständig aktivierten Anschaffungs- und Herstellungskosten der Anlagengüter als Anfangswert für die Mittelwertbildung im ersten Jahr der Inbetriebnahme anzusetzen. Im Gegenzug werden die entsprechenden Anlagengüter, die als Anlage im Bau in der Eröffnungsbilanz geführt werden, bei der Verzinsung nicht mehr berücksichtigt.

Die Berechnung der Eigenkapitalverzinsung hat entsprechend der Systematik der StromNEV bzw. GasNEV in drei Schritten zu erfolgen:

1. Ermittlung des investitionsnotwendigen Eigenkapitals (§ 7 Abs. 1 S. 2 StromNEV bzw. GasNEV),
2. Ermittlung des die zugelassene Eigenkapitalquote übersteigenden Eigenkapitalanteils (§ 7 Abs. 1 S. 5 StromNEV bzw. GasNEV),
3. Ermittlung der Zinsen für die beiden Eigenkapitalanteile (§ 7 Abs. 6 und Abs. 1 S. 5 StromNEV bzw. GasNEV).

4.1. Ermittlung des investitionsnotwendigen Eigenkapitals gemäß § 7 StromNEV bzw. GasNEV

Verzinsungsbasis der Eigenkapitalzinsen ist gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 StromNEV bzw. GasNEV das betriebsnotwendige Eigenkapital. Im Rahmen der Genehmigung von Investitionsmaßnah-

men nach § 23 ARegV ist die Ermittlung des betriebsnotwendigen Eigenkapitals antragsbezogen vorzunehmen. Die Begrifflichkeit „betriebsnotwendig“ ist im Zusammenhang mit der Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV als „projektnotwendig“ bzw. „investitionsnotwendig“ zu verstehen. Dem jeweiligen Antrag auf Genehmigung einer Investitionsmaßnahme liegt eine projektbezogene Kalkulation zu Grunde, daher ist diese Kalkulation ausschlaggebend für die Ermittlung des investitionsnotwendigen Eigenkapitals des jeweiligen Antrags. Nicht in die Ermittlung des investitionsnotwendigen Eigenkapitals gehen die Bilanzwerte der betriebsnotwendigen Finanzanlagen und die Bilanzwerte des Umlaufvermögens ein, da dies Größen sind, die nicht projektbezogen betrachtet werden können, sondern für den gesamten Betrieb ermittelt werden. Zudem ist eine doppelte Ansetzung der Bilanzwerte in der Verzinsungsbasis zu vermeiden. Gleiches gilt für den Steueranteil der Sonderposten mit Rücklageanteil. Die Ermittlung erfolgt dabei nach folgendem Schema:

Kalk. Restwerte des Sachanlagevermögens der investitionsnotwendigen Neuanlagen zu tatsächlichen AKHK, höchstens jedoch zu den tatsächlichen und von der Genehmigung umfassten AKHK, jeweils ggf. reduziert um anzusetzende Abzugspositionen

+ Grundstücke zu historischen AK

+ Anlagen im Bau

= **investitionsnotwendiges Vermögen (V)**

– Abzugskapital

– verzinsliches Fremdkapital

= **investitionsnotwendiges Eigenkapital (EK)**

Zur Ermittlung des investitionsnotwendigen Vermögens in Anlehnung an § 7 StromNEV bzw. GasNEV sind somit die kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens der investitionsnotwendigen Neuanlagen zu ermitteln. Darüber hinaus finden bei der Berechnung des investitionsnotwendigen Vermögens ggf. weitere Anlagegüter des Sachanlagevermögens Berücksichtigung, z. B. Grundstücke. Ebenfalls sind bei der Berechnung ggf. anfallende projektspezifisch zuordenbare Anlagen im Bau anzusetzen. Damit wird berücksichtigt, dass bereits in der Bauphase Kapitalkosten bei der Antragstellern anfallen. Für die Verzinsung wird der von der Regulierungsbehörde festgelegte Eigenkapitalzinssatz herangezogen. Der kalkulatorische Restwert des Sachanlagevermögens der investitionsnotwendigen Neuanlagen eines Jahres ergibt sich aus der Differenz zwischen den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten und der kumulierten Jahresabschreibungen der Vorjahre. Grundstücke sind gemäß § 7 Abs. 1 S. 3 StromNEV bzw. GasNEV bei der Ermittlung der kalkulatorischen Restwerte des Sachanlagevermögens zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen. Projektbezogen aktivierte Anlagen im Bau können von der Antragstellerin angesetzt werden. Die projektbezogenen Baukostenzuschüsse sind gemäß § 7 Abs. 2 StromNEV als Abzugskapital zu behandeln.

4.2. Ermittlung des die zugelassene Eigenkapitalquote übersteigenden Eigenkapitalanteils

Nach § 7 Abs. 1 S. 5 StromNEV bzw. GasNEV ist der die zugelassene Eigenkapitalquote von maximal 40 % übersteigende Anteil des Eigenkapitals nominal wie Fremdkapital zu verzinsen. Soweit das unter 4.1. berechnete investitionsnotwendige Eigenkapital mehr als 40 % des ermittelten investitionsnotwendigen Vermögens (V) beträgt, ist folglich das investitionsnotwendige Eigenkapital in zwei Anteile zu zerlegen.

Zu bestimmen ist zunächst der Anteil des Eigenkapitals, der die zugelassene Eigenkapitalquote nicht überschreitet ($EK \leq 40\%$), sodann der Eigenkapitalanteil, der die zugelassene Eigenkapitalquote übersteigt ($EK > 40\%$).

Bei einer Eigenkapitalquote von mehr als 40 % ist der die zugelassene Eigenkapitalquote nicht übersteigende Eigenkapitalanteil ($EK \leq 40 \%$) wie folgt zu ermitteln:

$$EK \leq 40 \% = V \cdot 0,4$$

Der die zugelassene Eigenkapitalquote übersteigende Eigenkapitalanteil ($EK > 40 \%$) errechnet sich dann nach folgender Formel:

$$EK > 40 \% = EK - EK \leq 40 \% = EK - (V \cdot 0,4)$$

Soweit das berechnete investitionsnotwendige Eigenkapital (EK) nicht mehr als 40 % des nach dieser Vorschrift ermittelten investitionsnotwendigen Vermögens (V) beträgt, kann demgegenüber keine Aufteilung des EK erfolgen. Denn ein die zugelassene Eigenkapitalquote übersteigender Anteil des Eigenkapitals ist in diesem Fall nicht gegeben.

4.3. Ermittlung der Zinsen für die beiden Eigenkapitalanteile

Für das investitionsnotwendige Eigenkapital bis zu einer Eigenkapitalquote von 40 % ist der jeweils von der Bundesnetzagentur gemäß § 29 EnWG i.V.m. § 7 Abs. 6 StromNEV bzw. GasNEV für die Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalzinssatz anzusetzen.

Für das die Quote von 40 % übersteigende Eigenkapital wird der kapitalmarktübliche Vergleichszinssatz für Investitionsmaßnahmen verwendet, der sich zu gleichen Teilen aus den jeweiligen Jahresdurchschnitten der folgenden beiden Zinssätze zusammen setzt (arithmetisches Mittel):

- „Kredite an nicht finanzielle Kapitalgesellschaften“ für „Kredite von über 1 Mio. € mit anfänglicher Zinsbindung mit einer Laufzeit von über 1 Jahr bis 5 Jahre“³.
- „Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)“⁴.

4.4. Anzusetzende Eigenkapitalverzinsung

Die anzusetzende Eigenkapitalverzinsung zur Bestimmung der Kapitalkosten für die jährliche Anpassung der Erlösobergrenze ergibt sich aus der Summe der unter 4.2. und 4.3. errechneten Zinsen für die beiden Eigenkapitalanteile.

5. Gewerbesteuer

Im Rahmen der Ermittlung der Kapitalkosten wird die Gewerbesteuer als kalkulatorische Kostenposition gemäß § 8 StromNEV bzw. GasNEV in Ansatz gebracht. Bei der Ermittlung der Kapitalkosten ist daher ein kalkulatorischer Gewerbesteueransatz auf der Grundlage der anerkannten kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung berücksichtigt. Bei dem von der Bundesnetzagentur festgelegten Eigenkapitalzinssatz handelt es sich um einen Zinssatz nach Gewerbesteuer und vor Körperschaftsteuer⁵.

Gemäß § 8 S. 2 StromNEV bzw. GasNEV ist bei der Ermittlung der kalkulatorischen Gewerbesteuer die Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer bei sich selbst zu berücksichtigen. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 wurde die Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer als Be-

³ Statistischer Teil zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, S. 47*.

⁴ Statistischer Teil zum Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, S. 51*.

⁵ BR-Drs. 247/05, S. 30.

triebsausgabe abgeschafft. Um den Effekt einer steigenden Gewerbesteuer auszugleichen, wurde gleichzeitig die Gewerbesteuermesszahl von 5 % auf 3,5 % abgesenkt. Damit wird sichergestellt, dass sich die Gewersteuerbelastung nicht erhöht⁶.

Die Ermittlung der kalkulatorischen Gewerbesteuer (GewSt) erfolgt entsprechend der Beschlüsse des OLG Düsseldorf. Dabei wird die Körperschaftsteuer in die Bemessungsgrundlage einbezogen. Der Wegfall des Insichabzugs der Gewerbesteuer wird auch weiterhin entsprechend dem Vorgehen der Bundesnetzagentur berücksichtigt. Die Ermittlung der Gewerbesteuer erfolgt gemäß der nachstehenden Formel:

$$\text{GewSt} = [\text{EK} \leq 40 \% * \text{EK-Zinssatz} + \text{EK} > 40 \% * \text{FK-Zinssatz}] * \text{Hebesatz} * \text{Messzahl}$$

Der Hebesatz ist in Höhe des unternehmensindividuellen Hebesatzes anzusetzen.

6. Sonstiges

Bei der Ermittlung der Kapitalkosten einer genehmigten Investitionsmaßnahme sind aufzulösende Baukostenzuschüsse, Kapitalkosten für Anlagen im Bau / geleistete Anzahlungen sowie sonstige Erlöse entsprechend den im Folgenden aufgeführten Vorgaben zu berücksichtigen.

6.1. Anzusetzende Baukostenzuschüsse

Aufzulösende Baukostenzuschüsse sind gemäß § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 13 ARegV als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile im Rahmen der Anpassung der Erlösobergrenze gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV unter Beachtung von § 9 Abs. 2 StromNEV bzw. GasNEV anzusetzen. Es erfolgt kein Ansatz der Auflösungsbeträge von Baukostenzuschüssen im Rahmen genehmigter Investitionsmaßnahmen. Jedoch sind Baukostenzuschüsse als Abzugskapital gemäß § 7 Abs. 2 StromNEV bzw. GasNEV bei der Ermittlung des investitionsnotwendigen Eigenkapitals in Ansatz zu bringen.

Um einem doppelten Abzug der Baukostenzuschüsse einerseits bei der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 ARegV und andererseits bei der Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV vorzubeugen, hat der Netzbetreiber alle diesbezüglich relevanten Informationen im Rahmen der jeweils betroffenen Einzelgenehmigung vorzubringen.

6.2. Kapitalkosten für Anlagen im Bau / geleistete Anzahlungen

Im Rahmen genehmigter Investitionsmaßnahmen können auch für aktivierte Anlagen im Bau / geleistete Anzahlungen Kapitalkosten angesetzt werden. Die Kapitalkosten für Anlagen im Bau / geleistete Anzahlungen setzen sich zusammen aus der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung, der kalkulatorischen Gewerbesteuer und den Fremdkapitalkosten. Die Anpassung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 i.V.m. § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 ARegV kann anhand dieser jährlichen Kapitalkosten vorgenommen werden.

6.3. Sonstige Erlöse

Sonstige Erlöse, die sich nicht auf die Anschaffungs- und Herstellungskosten beziehen (siehe 1.2.) sind von den Kapital- und Betriebskosten abzuziehen. Hierbei kann es sich beispielsweise um Auflösungsbeträge von Zuschüssen außerhalb der Definition des § 11 Abs. 2 S.1 Nr. 13 ARegV oder um Pächterlöse von Dritten handeln.

⁶ BT-Drs. 16/4841, S. 81.

Um einem doppelten Abzug der sonstigen Erlöse einerseits bei der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 ARegV und andererseits bei der Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV vorzubeugen, hat der Netzbetreiber alle diesbezüglich relevanten Informationen im Rahmen der jeweils betroffenen Einzelgenehmigung vorzubringen.

II. Betriebskosten

Als Betriebskosten können gemäß § 23 Abs. 1 S. 4 ARegV jährlich pauschal 0,8 % der für eine genehmigte Investitionsmaßnahme ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten in Ansatz gebracht werden, soweit die Bundesnetzagentur nicht gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV für bestimmte Anlagengüter etwas Abweichendes festgelegt hat.

Die Berechnung der Betriebskosten erfolgt im jeweiligen Jahr nach § 23 Abs. 1 S. 4 ARegV oder nach der jeweils in abweichender Höhe gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV festgelegten Betriebskostenpauschale. Eine abweichende Betriebskostenpauschale kommt bei der Berechnung der jährlichen Betriebskosten erstmalig im Jahr der Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV zum Tragen und ist anzuwenden, solange keine andere Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 8a ARegV für das betroffene Anlagegut getroffen wurde.

Die Betriebskostenpauschale wird ohne Reduzierung um die Abzugspositionen auf Basis der ansetzbaren Anschaffungs- und Herstellungskosten bestimmt. Wurden im Rahmen der beantragten Investitionsmaßnahme Anlagen im Bau als Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert, so sind diese bei der Ermittlung der Betriebskosten entsprechend dem Wortlaut des § 23 Abs. 1 S. 4 ARegV zu berücksichtigen.

F) Kosten

Hinsichtlich der Kosten bleibt ein gesonderter Bescheid gemäß § 91 EnWG vorbehalten.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Bekanntgabe der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn (Postanschrift: Postfach 80 01, 53105 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Begründung beträgt einen Monat ab Einlegung der Beschwerde. Sie kann auf Antrag vom Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).



Dr. Frank-Peter Hansen
- Vorsitzender -



Kim Paulus
- Beisitzer -



Mario Lamoratta
- Beisitzer -